

Die Woche im Bundestag



Die „schwarze Null“ steht



In der ersten Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause wurde im Deutschen Bundestag das Haushaltsgesetz für das Jahr 2019

debattiert. Eine ganze Woche lang wurden die Einzeljets der einzelnen Ministerien diskutiert und schlussendlich an den Haushaltsausschuss überwiesen.

Deutschland steht finanziell hervorragend da und wird auch im kommenden Jahr ohne neue Schulden auskommen. Erwartete Mehreinnahmen sollen vor allem in eine bessere Ausrüstung der Bundeswehr fließen.

Die Eckdaten: Die Bundesregierung rechnet in ihrem Haushaltsentwurf mit Ausgaben in Höhe von knapp 357 Mrd. Euro. Das ist eine Steigerung um rund 13,2 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr. Dem gegenüber stehen Einnahmen in gleicher Höhe, von denen rund 333 Mrd. Euro auf Steuern entfallen. Und: Für die nächste Steuerschätzung Ende Oktober zeichnen sich bereits weitere Mehreinnahmen ab, die klug und vorausschauend in die Zukunftsthemen investiert werden sollen.

Für die Unionsfraktion ist es zentral, dass Deutschland eine moderne und gut ausgestattete Bundeswehr besitzt. Deshalb wird die Bundeswehr künftig mehr Geld für Personal und Material zur Verfügung haben – rund 1,6 Mrd. Euro für die Verteidigung Deutschlands. Insgesamt steigt der Etat für den ganzen Bereich Verteidigung um mehr als 4 Milliarden Euro auf rund 43 Mrd. Euro.

In Deutschlands Sicherheit investieren

Mit 29 Mrd. Euro werden auch für Verkehr und digitale Infrastruktur im kommenden Jahr knapp 1,2 Mrd. Euro mehr zur Verfügung stehen. Damit können 2,4 Mrd. Euro in die digitale Infrastruktur investiert werden. Das kommt vor allem dem „Digitalfonds“ zugute.

Mit dem neuen Haushaltsgesetz 2019 werden die Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag weiter vorangetrieben und umgesetzt. Dazu gehört u.a. mehr Geld für ländliche Räume und Landwirtschaft oder die gezielte Förderung von Familien mit der Einführung des Baukindergeldes – immerhin 330 Million Euro jedes Jahr. Es sollen zudem mehr Mittel für die schrittweise Erreichung des 3,5-Prozent-Ziels für Forschung und Entwicklung eingesetzt werden. Hier werden mehr als 17 Mrd. Euro investiert.



Unser Fokus liegt auf der Inneren Sicherheit. Wir wollen die zügige Besetzung von 7.500 zusätzlichen Stellen

bei deutschen Sicherheitsbehörden. Die mehr als 3.000 geschaffenen Stellen bei der Bundespolizei und über 500 Stellen beim Bundeskriminalamt werden dringend benötigt, auch für die Zollverwaltung gibt es 1.400 zusätzliche Stellen. Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird mit über 1.600 zusätzlichen Stellen kräftig aufgestockt plus Entfristungen von etwa 4.500 Arbeitsverhältnissen.

Mit Besonnenheit und Klugheit reagieren



In diesen Tagen beschäftigen uns die Ereignisse von Chemnitz. Hier muss vieles aufgearbeitet und geklärt werden. Dabei

darf eines nicht geschehen: Wir dürfen nicht ein ganzes Bundesland und Bürger von Sachsen und Chemnitz unter Generalverdacht stellen. Gerade wir als Union müssen die Menschen zusammenführen und Spaltungen überwinden.

Dazu gehört auch, dass zwei Wochen nach dem schrecklichen Tötungsverbrechen von Chemnitz endlich ein umfassendes und nachprüfbares Lagebild von den Ereignissen abgegeben werden muss. Die Öffentlichkeit muss unterrichtet werden, wie der Stand der Ermittlungen gegen die Tatverdächtigen ist. Genauso muss im Einzelnen nachgezeichnet werden, welche Erkenntnisse über die anschließenden

Hass-Kundgebungen und Taten vorliegen.

Der Rechtsstaat muss schnell und gründlich die Ermittlungen zu dem Tötungsverbrechen führen und den Beschuldigten den Prozess machen, sollten sich die Vorwürfe erhärten. Genauso muss der Staat allen Straftaten nachgehen, die danach begangen wurden. Für uns ist klar: Rechtsextremistische Übergriffe auf Ausländer, das Zeigen des Hitlergrußes und der Angriff auf ein jüdisches Restaurant müssen konsequent geahndet werden.

Ein konsequentes Handeln aller staatlichen Institutionen ist erforderlich, um den Rechtsfrieden in unserem Land zu wahren. Der Staat muss umsichtig, aber vor allem entschlossen vorgehen. Es obliegt der Polizei und Staatsanwaltschaft, Vorfälle und Straftaten zügig und vorbehaltlos aufzuklären, Gerichte urteilen, ob jemand bestraft wird. Ausschließlich beim Staat liegt das Gewaltmonopol.

Deutschland ist ein sicheres Land. Wir haben einen starken Staat und wir wollen, dass er stark bleibt und weiter gestärkt wird. Wir als Union haben eine Verantwortung, mit Besonnenheit und der Kraft der Differenzierung zu reagieren – auch und gerade in schwierigen Zeiten.

Vorstandsklausur mit klaren Beschlüssen



In einer Klausur hat sich der Fraktionsvorstand mit wichtigen Themen für unser Land befasst. Wie schaffen wir es, die Rente auch in Zu-

kunft generationengerecht zu finanzieren? Welche Schritte müssen eingeleitet werden, damit wir die Chancen der Künstlichen Intelligenz nutzen können? Auf welche Weise lässt sich die solide Haushaltspolitik fortsetzen und in welche Bereiche müssen wir investieren?

Mit dem „Pakt für den Rechtsstaat“ fordern wir weitere Maßnahmen für einen starken Staat wie etwa eine Verschärfung des Strafrahmens für den Besitz von Kinderpornografie sowie effektivere Strafprozesse.

In unseren Forderungen zur Bildung in Deutschland bekräftigen wir die Notwendigkeit, dass die Digitalisierung in Deutschlands Schulen ankommt – im Unterricht, aber auch in der Ausstattung. Wir bekräftigen zudem, dass wir für den Ausbau und die Instandsetzung unserer Infrastruktur stehen. Damit die Rekordmittel, die im Haushalt dafür bereitstehen, auch in vollem Umfang eingesetzt werden können, legen wir Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung vor. Zudem sprechen wir uns für eine ausreichende staatliche Finanzierung des Breitbandausbaus aus.

Wir wollen das Ehrenamt stärken, indem wir bürokratische Hemmnisse abbauen und uns für die Schaffung einer bundesweiten Ehrenamtshotline einsetzen, die den ehrenamtlich Tätigen mit Rat zur Seite steht.

Wie keine andere politische Kraft stehen wir für die Aufarbeitung des SED-Unrechts in der DDR. Wir wollen ein weiteres dunkles Kapitel der SED-Herrschaft, die Zwangsadoption von Kindern von der SED unliebsamen Menschen, endlich restlos aufklären und das schreckliche Leid der Betroffenen lindern.

Die Woche im Parlament

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Der Etat des BMZ, der fast vollständig auf die deutsche ODA-Quote anrechenbar ist, steigt 2019 gegenüber dem Soll 2018 um rund 280 Mio. Euro auf rund 9,7 Mrd. Euro. Schwerpunkt ist u.a. die Fluchtursachenbekämpfung. Die ODA-Quote wird insgesamt stabilisiert.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Gemäß Regierungsentwurf stehen 8,054 Mrd. Euro zur Verfügung, d.h. 61 Mio. Euro weniger als für die Soll-Ausgaben dieses Jahres. Der Finanzplanungszeitraum bis 2022 ist jedoch durch einen Aufwuchs von 700 Mio. Euro bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung gekennzeichnet. Für die Afrika-Initiative stehen 2019 zusätzliche Mittel in Höhe von 30 Mio. Euro zur Verfügung. Mit weiteren 30 Mio. Euro sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 210 Mio. Euro werden 2019 die Ausgaben der Mittelstandsförderung im Bereich der Digitalisierung gestärkt.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Bundesregierung schlägt 2019 Ausgaben in Höhe von 10,305 Mrd. Euro vor, d.h. einen Anstieg gegenüber dem Soll von 2018 um



79 Mio. Euro. Für familienpolitische Leistungen sind 800 Mio. Euro mehr als im bisherigen Finanzplan vor allem für Elterngeld, Unterhaltsvorschuss und Kinderzuschlag bereitgestellt. 1,5 Mrd. Euro wurden für vielfältige Programme des BMFSFJ bereitgestellt. Für die prioritäre Maßnahme aus dem Koalitionsvertrag „Kita (Gebühren und Qualität)“ wurde Vorsorge im Einzelplan Allgemeine Finanzverwaltung in Höhe von insgesamt 3,5 Mrd. € für die Jahre 2019 bis 2021 getroffen.

Bundesministerium für Bildung und Forschung. Der Regierungsbeschluss sieht 2019 Ausgaben in Höhe von 18,1 Mrd. Euro vor. Der Anstieg gegenüber dem diesjährigen Ausgabenrahmen beträgt 529 Mio. Euro. In der mittelfristigen Finanzplanung sind insgesamt 1,1 Mrd. Euro zusätzlich für das BMBF vorgesehen. Damit soll schrittweise das Ziel erreicht werden, dass Staat und Wirtschaft bis zum Jahr 2025 zusammen 3,5 % des Bruttoinlandprodukts für Forschung und Entwicklung aufwenden.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Der größte Einzelplan umfasst nach dem Regierungsbeschluss 144,206 Mrd. Euro, was gegenüber dem Soll von 2018 ein Anstieg von 5,026 Mrd. Euro bedeutet. Für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit werden im Haushaltsjahr 2019 zusätzlich zum Soll die-

ses Jahres 964 Mio. Euro veranschlagt, davon 545 Mio. Euro Verwaltungskosten. Die Maßnahme ist Teil der prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrags.

Bundesministerium für Gesundheit. Gegenüber 2018 sind Mehrausgaben von 63 Mio. Euro vorgesehen, so dass als

Ausgabenrahmen im kommenden Jahr 15,27 Mrd. Euro bereitstellen. Größter Posten ist der Bundes-



zuschuss zur Entlastung der Kassen von versicherungsfremden Leistungen, der seit 2017 bei 14,5 Mrd. Euro im Jahr festgeschrieben ist. Für die Förderung der freiwilligen privaten Pflegevorsorge stehen 55 Mio. Euro bereit.

Daten und Fakten

Lebenserwartung erneut gestiegen.

Die Lebenserwartung in Deutschland ist erneut angestiegen. Sie beträgt nach der auf die aktuellen Sterblichkeitsverhältnisse bezogenen Sterbetafel 2014/2016 für neugeborene Jungen 78 Jahre und 4 Monate und für neugeborene Mädchen 83 Jahre und 2 Monate. Auch für ältere Menschen hat die Lebenserwartung weiter zugenommen. Nach der Sterbetafel 2014/2016 beläuft sich zum Beispiel die sogenannte fernere Lebenserwartung von 65-jährigen Männern mittlerweile auf 17 Jahre und 10 Monate. Auf der Ebene der einzelnen Bundesländer weist Baden-Württemberg bei beiden Geschlechtern die höchste Lebenserwartung Neugeborener auf: Für Jungen beträgt sie hier 79 Jahre und 6 Monate, für Mädchen 84 Jahre. Die niedrigsten Werte weisen mit 76 Jahren und 4 Monaten Jungen in Sachsen-Anhalt und mit 82 Jahren und 3 Monaten Mädchen im Saarland auf.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender
Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Bildnachweis:
Foto Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.